WP-01-K2-452-2

Einfach dabei sein – fair und bezahlbar

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in:	OV Brüssel
Beschlussdatum:	07.01.2025

Änderungsantrag zu WP-01-K2

Von Zeile 451 bis 453 einfügen:
Die psychische Gesundheit junger Menschen hat sich in den vergangenen Jahren verschlechtert. Das nehmen wir ernst. Auch digitale Dienste (z.B. Soziale Medien) werden wir stärker in Verantwortung nehmen.

Begründung

Begründung:

Wenn wir die psychische Gesundheit junger Menschen ernst nehmen, sollten wir auch die Rolle von Sozialen Netzwerken wie TikTok, Instagram etc. betrachten. Dies ist nicht berücksichtigt im Wahlprogramm, jedoch berührt es viele Wähler*innen.

Manche Soziale Netzwerke sind dazu gemacht, dass junge Menschen nicht mehr das Smartphone aus den Händen legen können. Es wird oft ein verzerrtes Bild der Realität gezeichnet und fragwürdige Inhalte geteilt. Dies führt unter anderem zu Depressionen. Zahlreiche Studien belegen dies.[1]

Es ist absichtlich keine direkte Maßnahme aufgeführt, da ein reines Social Media Verbot wie in Australien nicht unbedingt vereinbar mit der digitalen Teilhabe von jungen Menschen ist. Auch die Ebene ist absichtlich nicht adressiert, so dass letztendlich auf jeder Ebene gegengesteuert werden kann, wobei sicherlich die europäische Ebene eine besondere Rolle spielt. Social Media sollte so programmiert sein, dass es nicht abhängig macht und nicht für Desinformation gebraucht wird. Wir sollten das Risiko von Social Media vor allem für unsere Kinder ernster nehmen, daher der Vorschlag diesen generellen Satz aufzunehmen

[1] https://www.ajpmonline.org/article/S0749-3797(20)30447-5/abstract

https://jamanetwork.com/journals/jamapediatrics/fullarticle/2737909

https://www.sciencemediacenter.de/angebote/23213